

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal erst. Bestellgeld. Man abonniert bei allen Zeitungs-Speditionen und Postämtern, sowie in der Expedition.

# Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Quälstraße 30.

Inserate pro 4spaltige Zeile 20 Pf. für Verbandsangehörige 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag in Briefmarken beizufügen, andernfalls der Inhalt unterbleibt.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-galanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 13.

Stuttgart, Sonnabend den 27. März 1897.

13. Jahrgang.

## Kollegen und Kolleginnen! Unterlaßt nie die Agitation für Euren Verband!

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß in Kaiserlautern die Zahlstelle aufgehoben werden mußte.  
2. Das nach den Beschlüssen des Verbandstages in Halle abgeänderte Verbandsstatut kommt diese Woche zum Verbandsstatut. Die Bevollmächtigten werden ersucht, das Statut umgehend den Mitgliedern zuzustellen.

Der Verbandsvorstand.  
J. A. A. Dietrich.

Mit der Verbandskasse haben trotz wiederholter gefundener Aufforderung die Mitgliedschaften: **Brandenburg a. S., Bremen, Schillingen, Lehr i. B. und Sonneberg** für das

4. Quartal 1896 nicht abgerechnet. Die Bevollmächtigten genannter Orte werden nunmehr hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Verbandskasse gegenüber **umgehend** nachzukommen und in Zukunft für pünktlicheres Abrechnen Sorge tragen zu wollen.

C. Hauelsen, Verbandskassier.

### Arbeitslosigkeitsstatistik und Arbeitslosenreformen.

(Schluß.)

Der wahre Umfang der Arbeitslosigkeit wird aber erst klar, wenn wir deren Dauer in Betracht ziehen. Wir geben die bezüglich Zahlen in nachstehender Tabelle übersichtlich wieder. Arbeitslos waren:

Arbeitslose	Dauer seit						Zusammen		
	1 Tag	2-7 Tagen	8-14 Tagen	15-28 Tagen	29-99 Tagen	91 u. mehr Tagen			
<b>a) Sommerzählung:</b>									
Ueberhaupt	Absolut	3237	29 461	61 591	35 263	71 229	49 905	49 266	299 352
	Prozent	1,08	9,85	20,90	11,69	23,82	16,49	16,47	100
Kranke	Absolut	1133	11 990	21 932	15 481	31 631	24 049	13 932	120 348
	Prozent	0,94	9,96	18,23	12,86	26,45	19,98	11,58	100
Gesunde	Absolut	2104	17 471	39 659	19 782	39 398	25 256	35 334	179 004
	Prozent	1,17	9,76	22,16	11,05	22,01	14,11	19,74	100
<b>b) Winterzählung:</b>									
Ueberhaupt	Absolut	19 213	94 673	199 606	131 821	189 884	81 624	54 184	771 005
	Prozent	2,49	12,28	25,88	17,09	24,62	10,59	7,05	100
Kranke	Absolut	3 422	24 084	44 400	33 641	57 074	42 573	12 171	217 365
	Prozent	1,57	11,08	20,43	15,48	26,26	19,58	5,60	100
Gesunde	Absolut	15 791	70 589	155 206	98 180	132 810	39 051	42 013	553 640
	Prozent	2,85	12,75	28,03	17,74	23,99	7,05	7,59	100

Darnach waren im Sommer 2/3, im Winter 1/7 aller gefundenen Arbeitslosen länger als 14 Tage außer Arbeit. In der Buchbinderei stellen sich die Zahlen wie folgt:

Dauer	Sommer		Winter	
	Arbeitslose	Arbeitslos	Arbeitslose	Arbeitslos
Seit 1 Tag . . .	19	4	15	38
2-7 Tagen . . .	167	69	98	211
8-14 Tagen . . .	445	159	286	387
15-28 Tagen . . .	294	110	154	258
29-99 Tagen . . .	529	210	319	425
91 u. mehr . . .	313	140	178	320
Unbekannt . . .	213	55	158	98
Zusammen	1980	747	1233	1737

Darnach weisen die dritte und fünfte Statistik sowohl im Allgemeinen, als auch insbesondere bei den Buchbindern die höchsten Frequenzsiffern auf. Bezeichnend ist die Thatsache, daß von den gefundenen Arbeitslosen im Allgemeinen 36,12 Proz. im Sommer und 31,04 Proz. im Winter länger als vier Wochen ohne Beschäftigung waren; bei den Buchbindern stieg deren Anteil gar auf 40 und 39 Proz. Das deutet auf eine Arbeitslosennoth von erschreckendem Umfange hin.

In dieser Beziehung ist auch die Ermittlung des Familienstandes, sowie der Zahl der versorgungspflichtigen Angehörigen von Interesse. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen waren ledig: im Sommer 177 781 = 59,39 Proz.; im Winter 399 177 = 51,77 Proz.; verheiratet: im Sommer 99 810 = 33,34 Proz.; im Winter 306 594 = 39,77 Proz.; und verwitwet oder geschieden: im Sommer 21 761 = 7,27 Proz.; im Winter 65 234 = 8,46 Proz. Die Zahl der nicht erwerbenden Familienangehörigen betrug bei 104 520 Haushaltungsvorständen im Sommer 218 191, nämlich 67 625 Ehefrauen, 126 750 Kinder unter 14 Jahren und 18 816 sonstige Angehörige ohne Erwerb; im Winter hatten 317 282 arbeitslose Haushaltungsvorstände zusammen 703 246 Angehörige, nämlich 217 727 Ehefrauen, 426 280 Kinder und 59 239 sonstige Angehörige zu versorgen. Ist darnach die Zahl der jedem einzelnen beschäftigungslosen Haushaltungsvorstand im Durchschnitt zur Last fallenden Angehörigen auch keine allzu hohe, so umschließt doch die Gesamtzahl noch immer eine Riesensumme von Elend, die den herrschenden Klassen zu denken geben sollte. Dem Alter nach stehen die meisten Arbeitslosen zwischen dem 20. und 50. Lebensjahre; über 50 Jahre alt waren nur 17,49 Proz. im Sommer und 20,25 Proz. im

Winter, und über 70 Jahre im Sommer 2,10 Proz., im Winter 1,84 Proz. aller Arbeitslosen.

Schließlich vergleicht die Statistik noch die Verteilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Bundesstaaten bezw. Provinzen und auf die verschiedenen Ortsgrößen. Hinsichtlich der Ersteren sei hier bloß erwähnt, daß hier im Winter die landwirtschaftlichen Landestheile die ungünstigsten Zahlen aufweisen, mit Ausnahme von Berlin und Wippe; letzteres hat als Wohnort zahlreicher Wander-Saisonarbeiter eine Sonderstellung. Wichtiger ist uns die Verteilung nach Ortsgrößen, da die Agrarier immer die Großstädte als Hort der Arbeitslosigkeit bezeichnen. Diese Annahme wird jedoch durch die Statistik widerlegt, denn nach deren Feststellung kamen auf Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern im Sommer nur 116 557 = 38,93 Proz. und im Winter 176 770 = 22,93 Proz. der Arbeitslosen; die Mittelstädte mit 10-100 000 Einwohnern zählten nur im Sommer 67 734 = 22,63 Proz., im Winter 139 587 = 18,10 Proz., während auf die kleinen Gemeinden unter 10 000 Einwohnern im Sommer 115 061 = 38,44 Proz. und im Winter gar 454 648 = 58,97 Proz. aller Arbeitslosen entfielen. In dieser Hinsicht sind also gerade die kleinsten Gemeinden am meisten belastet; deshalb sind auch alle Vorschläge, die Arbeitslosigkeit bloß auf kommunalem Wege im Bereich der größeren Städte zu bekämpfen, unzureichend. Unter den 28 deutschen Großstädten erscheint im Vergleich zur Einwohnerzahl im Sommer Hamburg, Altona und Berlin mit 2,58, 2,35 und 2,33 Proz. Arbeitslosen am höchsten belastet; die geringsten Zahlen hatte Straßburg, im Sommer 0,51 Proz. und im Winter 1,02 Proz. Im Verhältnis zur wohnhaften Arbeitnehmerszahl standen am höchsten im Sommer Hamburg (7,72 Proz.), Altona (7,60 Proz.) und Berlin (6,43 Proz.) und im Winter Altona (12,79 Proz.), Danzig (12,11 Proz.) und Rönigsberg (11,45 Proz.), während die günstigsten Verhältnisse im Sommer in Straßburg (1,72 Proz.) und im Winter in Stuttgart (3,36 Proz.) herrschten.

Soweit die wichtigsten Angaben der amtlichen Statistik. Wir haben schon erwähnt, daß die Zählungen nur den Werth einer Momentaufnahme haben, und bei Weitem nicht den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit erkennen lassen. Sie bieten schätzbare Vergleiche zur Erkenntnis der Saisonschwankungen der einzelnen Berufe, soweit die Zähltag im Stande waren, diese Schwankungen richtig zu erfassen, aber die Hauptfrage der ganzen Aufnahme, die Frage nach dem größeren oder geringeren Grade der Arbeits-

losennoth beantworten sie uns nicht; wir sind kaum im Stande zu entscheiden, ob die ermittelten Zahlen außerordentlich hohe oder mittlere sind, und ob und in welchem Maße die Arbeitslosen hinsichtlich ihres sonstigen Einkommens der Arbeitslosigkeit zu widerstehen vermögen, weil uns jeder Vergleichsmassstab mit früheren Jahren und vor Allem jede Lohnstatistik fehlt, die der Saisonarbeitslosigkeit die Saisonlöhne gegenüberstellt. Um also tiefer in die speziellen Verhältnisse der Arbeitslosen einzudringen, dazu genügt die einmalige Zählung nicht, dazu bedarf es öfterer Wiederholung derselben entweder durch lokale Nachprüfungen oder im Wege spezieller reichsbedeutsamer Städteprobenerhebungen. Bereits haben mehrere Stadtverwaltungen den ersten Weg beschritten und so wurden eingehendere Nachprüfungen von Dresden, Hamburg und Stuttgart veröffentlicht. Was uns an diesen Publikationen vor Allem interessiert, ist das Urtheil des Statistikers Dr. Rettig-Stuttgart, also derjenigen Stadt, die zu den günstigsten aller deutschen Großstädte zählt. Dieser Statistiker fand den Muth zur Offenheit, die speziellen Ergebnisse der Stuttgarter Arbeitslosenzählung geradeweg als „düstere“ zu bezeichnen. Dieses Urtheil eines einwandfreien Sachmannes steht uns höher, als die beschönigenden Ausreden der Bourgeoispreffe, und befähigt uns, wie richtig die Arbeiterpresse und die Sozialdemokratie seit jeher diese tieftraurigen Verhältnisse beurtheilt haben. Möge man sich daher nicht bloß euphemistisch mit Zählungen begnügen, sondern nunmehr auch ernstlich aus Werk geben, um durch gründlichere Reformen die alle Erwartungen übersteigende Arbeitslosennoth zu lindern. Wir sind nicht naiv genug, auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu hoffen; das wird die bürgerliche Gesellschaft nimmer können. Aber zur Linderung des Elends und zur Vorbeugung der drückendsten Noth kann sehr Vieles geschehen, und das etwas geschehen muß, dafür werden wir ohne Unterlaß unsere Stimme erheben, bis den berechtigten Forderungen der Armsten der Armen Genüge geschehen ist.

Im nächsten Aufsatze werden wir die Stellung der bürgerlichen Welt zur Frage der Arbeitslosigkeitsreformen darlegen.

### Achtung!

Zugung von Schnittmachern, Prägen und Buchbindern ist fernzuhalten von der Plantotarenfabrik F. A. Keller, Nicolaisstr. 12, in Dresden.

### Korrespondenzen.

Berlin. Am Montag den 15. d. M. fand bei Röll, Adalbertstr. 21, eine Brandensversammlung der „Lebendarbeiter“ statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte Kollege Schulz die traurige Mitteilung, daß Kollege J. Höhe am Sonnabend den 13. d. M. verstorben ist. Die Versammlung ehrte das Andenken in üblicher Weise.

Kollege Schumacher, zur Tagesordnung sprechend, führte hierauf aus, daß es nicht seine Absicht sei, hier Bericht über den Verbandstag in Halle zu geben, sondern er wolle nur die wichtigsten Befehle für die Lebendarbeiter und deren Wirkung näher beleuchten. Im Großen und Ganzen könnten wir mit den Arbeiten des Verbandstages zufrieden sein, nur daß der Beitrag auf 35 Pf. pro Woche bemessen wurde, sei zu behauern. Durch diesen Beschluß sind wir in der Agitation gehindert, denn 35 Pf. ist für den größten Theil unserer Berufs-kollegen zu hoch. Im letzten Quartal fand 66 Lebendarbeiter wegen Retiriren der Beiträge gestrichen worden, was wahrlich sehr traurig ist, und nach der Stimmung zu urtheilen, werden in dem nächsten Quartal noch mehr gestrichen werden müssen. Diesem müssen wir mit allen Mitteln entgegenwirken.

Die Diskussion war sehr reg und sprachen sich alle Redner dahin aus, so bald wie möglich eine Urabstimmung einzubringen. Wir können extra betonen, daß die Lebendarbeiter nicht genügt sind, sich wieder lokal zu organisiren, sondern sie werden gegen alle Befehle, welche uns in der Organisation hindern, protestiren.

Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: Die heutige Brandens-Versammlung der Lebendarbeiter und Buchbindern protestirt gegen den Beschluß des Verbandstages, den wöchentlichen Beitrag auf 35 Pf. zu erhöhen. Sie erklart hierin eine dauernde Schädigung der Organisation und verpflichtet, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß durch baldige Urabstimmung die Beiträge wieder erniedrigt werden.

Nachdem noch Kollege Schumacher mittheilt, daß die Brandensversammlungen jetzt regelmäßig und zwar jeden Montag vor dem 1. und 15. des Monats stattfinden sollen und um rege Theilnahme bitten, schließt Kollege Schulz die Versammlung. H. W.

**Tagen i. W.** Am Sonnabend den 24. Februar wurde unsere Generalversammlung abgehalten, von 20 Mitgliedern waren aber nur 7 anwesend. Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzenden Vennner, Kassier Diebler, Schriftführer Wionges. Da leider durch die Interesslosigkeit der Mitglieder alles illusorisch gemacht wird, so wurde beschlossen, das Stützfest am 14. März im Vereinslokal durch gemüthliches Zusammensein zu feiern. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß 6 Versammlungen, 2 Vorstandssitzungen und 1 Langzungen abgehalten wurden. Die Verbandskasse erzielte hier 105,96 Mfr. Einnahme und hatte 81,30 Mfr. Ausgabe; die Lokalkasse rednet mit 53,17 Mfr. Einnahme und 26,90 Mfr. Ausgabe. Die Zahl der Mitglieder war am Schluß des 3. Quartals 15; eingetreten sind 5, zugereift 4, abgereift 2, ausgetreten 2, somit war am Schluß des 4. Quartals ein Mitgliederbestand von 20 vorhanden. Nun möchte ich die Kollegen ersuchen, auch ihre Pflicht als aufgeklärte und zielbewußte Arbeiter zu erfüllen und zahlreich und pünktlich die Versammlungen zu besuchen. Gerade weil wir noch eine so kleine Schaar sind, müssen wir uns fest zusammenschließen und bürden nicht persönliche Meibereien oder geschäftliche Streitigkeiten aufkommen lassen, wegen denen Wandel der guten Sache den Rücken kehren; nur durch Einigkeit können wir unseren Zielen näher kommen. Deshalb agitiere ich jeder Kollege auf gut wie möglich, suche in jeder seine Mitarbeiter zu zufuttern über den Zweck und das Ziel unseres Verbandes. Jeder hält es ja schwer derselben für unsere Sache zu gewinnen, da sie meistens die Ausrede braudnen, sie hätten keinen Verband nötig, es hätte keinen Zweck für sie; und dergleichen mehr. Bietet denn der Verband den Mitgliedern nichts? Sie bekommen Zeitung, Arbeitslosenunterstützung, Rechtschutz u. s. w.; und je mehr Mitglieder unserm Verband beitreten, desto besser können wir auch den arbeitslosen Kollegen unterstützen, damit ihn nicht Noth und Elend zwingt, sich um jeden Preis dem Kapitalisten anzuheften und dadurch ein williges und billiges Objekt der Ausbeutung zu werden. Deshalb rufe ich den Kollegen zu, tritt ein in unseren Verband, schließt Euch uns an, denn nur durch Einigkeit können wir das erreichen, was wir uns und unsern Nachkommen schuldig sind, nämlich die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auch hier in Tagen wäre es an der Zeit, daß die Kollegen zur Einigkeit kämen.

Zum Schluß kann ich noch mittheilen, daß unser Stützfest, welches eine geschlossene Feier war, in ganz gemüthlicher Weise verlief. Dasselbe war ziemlich gut besucht. Mit Wiffen mehrerer Leber, Vortragender verschiedener Couplets, amerikanischer Auktion und Tanz floßen die Stunden schnell dahin, und sagen wir hiermit den Elberfelder, sowie Dortmunder Kollegen für ihren zahlreichen Besuch, sowie den Kollegen, welche uns schriftlich ihren Glückwunsch darbrachten, herzlichsten Dank. B. P.

**Vielefeld.** Eine schöne Ertrugenschaft ohne Kampf hat ein Theil der hiesigen organisirten Kollegen und Kolleginnen zu beziehen. Vom 15. April d. J. soll laut Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern die 9-tägige Arbeitszeit in Kraft treten. Es ist ja bekanntlich eine Thatsache, daß wir in einer Zeit leben, wo alle Menschen unzufrieden sind. Der Agrarier schreit nach Schutzgöllen, dem Kohlenbaron sind die Winter nicht kalt genug, dem Aktionär ist die Dividende zu niedrig und der kleine Handwerkerseiner selbst sich nach dem „goldenen Boden“ früherer Zeiten sehnt. Das meiste Recht, unzufrieden zu sein, hat wohl der Arbeiter, denn Niemand sieht die Last und den Druck so, als wie er. Schon seit längerer Zeit machte sich der Wunsch geltend, auf gutlichem Wege zu versuchen, eine Verfürgung der Arbeitszeit herbei zu führen. Neue Anregung fand derselbe durch das Zirkular des Verbandsvorstandes vom vorigen Sommer; eine Sitzung der Vertrauensleute der verschiedenen Verbstuben, welche sich mit dem Zirkular beschäftigten, kam zu dem Resultat, daß an eine allgemeine Bewegung nicht zu denken sei, da hier verschiedene Branchen vertreten sind, deren jede wieder ihren kotten Geschäftsgang für sich hat. Wenn z. B. die Geschäftsbücherfabriken Ueberstunden machen, wären die maßgebenden Buchbindereifabriken, wenn ihr Personal vier Wochen streiken würde; so sollte jede Branche, wenn sie glaubte den passenden Zeitpunkt gefunden zu haben, mit Forderungen an die Prinzipalitäten herantreten. Vorigen Herbst sollten erst die Geschäftsbücherfabriken und Karton-geschäfte kommen, dieses scheiterte aber einerseits an dem Personal, anderseits an verschiedenen anderen Umständen. Da nun in den Buchbindereien jetzt ein flottes Geschäftsgang zu erwarten war, so beschäftigten sich die Personale von drei Verbstuben mit den eventuellen Forderungen. In der Ver-



nehmen, obwohl man in beiden Provinzen ein Kräftes wäre, denn dort steht der Wochenlohn auf 12, 11, ja 10 Mark (außer Leipzig und Dresden). Dieselben Kollegen, welche in Halle für 10 Mark stimmten, würden auch dort dasselbe thun. Wenn die Kollegen dieser kleinen Städte vernehmen, daß die Verbandsvorleiter an einem Tag genau so viel Diäten beziehen, als jene die ganze Woche verdienen und obendrein auch noch die Familie erhalten müssen und deshalb mitschnitt werden, wer will es ihnen verdenken! Ich bin der Erste, welcher dazu aufserfordert, ganz gehörig frent zu machen.

Zu allererst muß ich noch auf eines aufmerksam machen. In der ersten Periode unserer Bewegung war ein Jeder stolz, wurde er zu irgend einem Amt berangezogen (die erste Periode sind die Jahre 1883 bis Herbst 1887, da erfolgte die erste Häutung, welche mittlerweile in Berlin bis August 1893 ein halb Duzendmal erfolgte), was heute auch nicht mehr zutrifft. Ist eine wichtige Vorstandswahl vorzunehmen, so hat man seine Noth und Mühe, denselben vollständig zu bekommen. Dagegen wenn Delege zu wählen sind, sind die Geschäfte so rasch erledigt, daß man sein klauses Wunder erleben kann; mit wenigen Ausnahmen, wo dankend abgelehnt wurde, oder auch Ironie im Spiele lag, welches auch sehr häufig vorkommt, wodurch die Vorstände mitunter bittere Erfahrungen machen müssen. Es wäre mir sehr erwünscht, auch andere Kollegen würden zu dieser Frage einmal Stellung nehmen. Berlin, den 28. Februar 1897. R-r.

(Vorlesender Artikel war dem Ausußuß zur Begutachtung unterbreitet, die Aufnahme ist mit besten Zustimmung erfolgt. Aus Raumrückichten mußten jedoch Kürzungen vorgenommen werden. Die Redaktion.)

Bibliotheken.

Der Gewerkschaftsverein München beschäftigt sich zur Zeit mit der Gründung einer Zentral-Bibliothek mit Lesezimmer. In einem „Eingehaft“ in Nr. 11 der Buchbinder-Zeitung ist angegeben, wie sich die Leiter des Unternehmens die Einnahmen und einige Ausgaben dieser Zentral-Bibliothek denken; dies gibt Veranlassung, auch die Kassensverhältnisse der Stuttgarter Gewerkschafts-Bibliothek mitzutheilen.

In München ist man der Ansicht, daß 2000 M. für die Bibliothek notwendig sind. Die Stuttgarter Bibliothek hat eine Einnahme von ungefähr 40 M. jährlich und muß ihre Ausgaben darnach regeln. Der gesammte Kassenumsatz vom 1. Juli 1894 bis Ende 1896, also in 2 1/2 Jahren, ist folgender:

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Rows include Bestand am 1. Juli 1894, Beiträge der einzelnen Gewerkschaften, Kataloge, Einlagebücher, Aus der Kasse der Vereinigten Gewerkschaften zur Errichtung des Lesezimmers, Darlehen, Zusammen 1175,86 M., and various categories under a. Bibliothek and b. Lesezimmer.

In München wird ein Beitrag von 30 Pf. pro Jahr von jedem organisierten Arbeiter verlangt, nun, wenn derselbe bezahlt wird, desto besser für die Bibliothek. In Stuttgart wird von jedem Verein für jedes seiner Mitglieder pro Monat 1 Pf. abgezogen, dieser Beitrag wird aus dem einzelnen Lokals kassen bezahlt und ist deshalb eine sichere Einnahme. Ein höherer Beitrag müßte von den einzelnen Mitgliedern als eine Extravertrag eingegeben werden, dies selbe würde aber von einem großen Theil nicht einzuhalten sein und deshalb kommen wir mit dem zum niedrigeren aber sicheren Beitrag besser weg.

In München soll die Verwaltung der Bibliothek an eine Kommission von drei Mann übergeben werden und jedes Mitglied derselben pro Abend 1 Mark erhalten. Sollte dies nicht ein Irrthum des betreffenden Einfinders sein? oder kommen davon die hohen Kosten der Zentralbibliothek? Ein solches Ansuchen wäre ganz unerhört und der Findender hätte ganz recht, wenn er dagegen Stellung nimmt. (Aber er sollte es denn doch in anderer Weise thun. Solch gefällige und persönliche Ausfälle sollte das Gefühl eines jeden Kollegen vermeiden; dadurch wird nur der Sache geschadet und das Vertrauen zu dem Findender geht verloren.) In Stuttgart ist noch nicht ein Pfennig für Verwaltungskosten bezahlt worden, trotzdem einzelne Mitglieder, z. B. des Kassiers, eines Dolmetschers, oder das des Kollegen, welcher das Einfinden der Bücher übernommen hat, recht mißfällig sind, auch die Einbände der Bücher werden zu Minderpreisen angefertigt. Sollten sich an anderen Orten nicht

auch Bücherfreunde genug finden, welche aus Liebe zur Sache ohne Entschädigung arbeiten?

Sobann wollen die Buchbinder Münchens nur eine Anzahl ihrer Bücher der Zentralbibliothek zur Verfügung stellen. Ja, aber warum denn nicht alle? Was wollen sie denn mit dem Rest anfangen? Wollen sie dieselben besonders ausgeben, so wäre es doch eine Zerstückelung und keine Verschönerung der Bibliotheken. Oder wollen sie diese im Kasten verstauben lassen? Nach dem Verzeichniß in Nummer 5 der Zeitung sind fast alle Bücher lesenswerth, und ein gutes Buch, das nicht gelesen wird, hat mindestens seinen Zweck so verfehlt, wie das Münchner Bier, das nicht getrunken wird.

Es scheint die Ansicht der Kollegen in vielen Städten zu sein, eine Gewerkschaftsbibliothek liege sich nur dort gründen, wo ein gemeinschaftliches Verbandslokal vorhanden ist. Gewiß, ein Vortheil ist das, aber wo kein eigenes Heim vorhanden ist, braucht man nicht gleich einen besonderen Lokal zur Bibliothek zu haben, das kostet zu viel; hingegen zur Bibliothek selbst genügt ein kleines Zimmer und ein solches, welches noch anderweitig benützt werden kann, wird wohl jeder Gastwirth, bei dem einige Genossen verkehren, um geringe Entschädigung hergeben. — A.

Hundschau.

\* Das Nürnberger Arbeitersekretariat hat seit längerer Zeit die Vertretung Minderjähriger vor dem dortigen Gewerbegericht geführt, ohne daß irgend eine Beauftragung dagegen vom Gewerbegericht erfolgt war. Rechtlich kommt nun der Vorsitzende des Gerichts, Reichsrath Wagner, zu der Meinung, daß Angehörige des Arbeitersekretariats als Vertreter vor dem Gewerbegericht nicht mehr fungieren könnten, da sie die Rechtsstile „gewerbeständig“ betreiben! Die Beamteten des Arbeitersekretariats seien mit allen einschlägigen Gesetzesbestimmungen vertraut, sie erhielten durch ihr häufiges Erscheinen vor dem Gewerbegericht eine Routine, über welche der Arbeitgeber nicht verfüge; dadurch seien die Arbeitgeber im Nachtheil. Hiergegen wurde vom zweiten Beamten des Arbeitersekretariats geltend gemacht, daß er unentgeltliche Rechtsfälle leiste, weshalb von einer gewerbeständigen Ausbildung wohl schwerlich die Rede sein könne. Diese Auffassung theilten auch die Mitglieder des Gewerbegerichts und liegen in dem beanstandeten Falle die Vertretung zu. Der Vorsitzende erklärte aber, in einer der nächsten Sitzungen die Frage wieder aufgreifen zu wollen. Dieser Konflikt ist für viele Kreise interessant und darf man auf dessen Lösung gespannt sein.

\* In den Kohlenbergwerken Oberschlesiens sind ca. 800 Vergeltete in den Zustand getreten.

\* Die Zimmerer befinden sich in 31 Orten Deutschlands in einer Lohnbewegung. Außer der Erhöhung des Stundenlohnens fordern dieselben fast durchweg die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde.

\* 400 schwarze Schauerleute (Kohlen-Arbeiter) in Hamburg wurden ausgesperrt, weil sie einen Revolver nicht untergeheimt hatten, welcher vom Verein der Kohlenimporteure ausgeht und die Verpflichtung der Arbeiter enthält, einer Unterstützungssparkasse beizutreten, bei welcher jeder Arbeiter täglich 50 Pf. vom Verdienst einlegen soll bis 150 M. auf ihn kommen. Dieser 150 M. sind nur ersehbar, wenn der Arbeiter eine stipulirte sechsmonatige Räumigkeit einhält. Man sieht, die Proben werden immer anmaßender.

\* Eine größere Anzahl Eisenbahnarbeiter und Hilfsbeamten der Staatsbahnen in Hamburg haben von der Direktion auf 1. April ungewissheit deshalb gekündigt bekommen, weil sie an einer Versammlung des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands theilgenommen haben. Das Koalitionsrecht soll doch auch für Arbeiter im Staatsdienst gelten!

\* Der ehemalige Verwalter der östlichen Verwaltungsstelle Breslau des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands, Paul Brand, ist wegen Unterschlagung von Geldern des Zentralvereins und der Lokalkasse zu 4 1/2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

\* Der Buchbinder Oskar Michaelis aus Sonneberg, welcher in Braunschweig und Bremen zum Nachtheil der dortigen Unterfüngungsanstalten unseres Verbandes Betrügerien verübte, wurde im vorigen Monat in Braunschweig zu 4 Wochen und nachher noch in Bremen zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt.

\* Einen Gewaltstreich gegen die Eisenbahnerorganisationen hat das österreichische Ministerium unternommen, indem es durch Erlaß vom 13. März 1897 sämtliche Nachorganisationen, der Eisenbahnbediensteten, sowie den Verband der Beamten, Hilfsbeamten und Unterbeamten aufgelöst hat. Als „Begründung“ wird angegeben, daß der Verein, „wie es insbesondere anlässlich des in der Zeit vom 22. bis 24. März 1896 abgehaltenen Eisenbahnerkongresses, beziehungsweise des im Monat Oktober 1896 stattgefundenen allgemeinen Eisenbahnbeamten-, Hilfsbeamten- und Unterbeamtenkongresses hervorgekommen ist, Tendenzen verfolgt, welche mit den Staatsinteressen unvereinbar sind. Bezüglich des genannten Vereins, welcher sich am Eisenbahnerkongress betheiligt, kommt überdies in Betracht, daß derselbe durch den Beschluß, betreffend das Wahlrecht, und durch den Anschlag an die Gewerkschaftskommission auch seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten hat.“

Das Ministerium beruft sich auf Vorkommnisse vor einem Jahre, um diese Vereinigungen aufzulösen; wenn wirklich Grund zur Auflösung das vorstehend Angeführte sein soll, so hätte die Auflösungsverordnung doch nicht erst ein Jahr nach diesen Vorkommnissen erfolgen sollen, jedenfalls würde aber bis zur Beendigung der Reichstagsarbeiten damit gewartet, weil man bei einem vorher erfolgten Gewaltakt hätte beschützen müssen, daß die vielen tausend Eisenbahner alle sozialdemokratisch stimmen würden. Nun die

Wahlen vorbei sind, kann man schon eine Aufregung riskieren.

Erklärung.

In der Mitgliedschaftsversammlung in Berlin am 8. März war meine Person und meine Thätigkeit — wie aus meinem Versammlungsbericht im „Vorwärts“ und auch aus dem in voriger Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltenen Bericht ersichtlich — wieder einmal ein mehrheitlich benütztes Angriffsobjekt. Es wäre mir ein Leichtes, mich nicht um unflüchtige Angriffe zu kümmern, sondern das Urtheil ganz ruhig den Verbandsmitgliedern und der sonstigen selbstbewußt-organisirten rechtlich denkenden Arbeiterschaft zu überlassen, wenn es mir nicht meine Stellung in der Arbeiterbewegung, in welcher ich mehr wie die Hälfte meines Lebens unangekündigt thätig bin, gebieten würde, öffentlich genommene Verbauchigungen auch öffentlich auf ihren wahren Werth zurückzuführen. — Ich übergebe den Vorwurf des Kollegen Sailer, weil er mir nicht als so schwerwiegend erscheint, um meinerseits einer eingehenderen Betrachtung an dieser Stelle unterzogen werden zu lassen. Nur nebenbei will ich die Bemerkung machen, daß Sailer schon beim Verbandstag auf meine Verbauchigung, daß die Einberufer der „Freien Konferenz“ die weniger dem Bedürfnis, als der Oppositionslust gegen den Verbandsvorstand wegen einberufen haben, die Gelegenheit wahrgenommen hat, ganz energisch dagegen zu protestieren; es wäre deshalb wohl nicht mehr nötig gewesen, auch noch in der Versammlung einen Protest förmlich zu provozieren. Ich habe auch nicht das Bedürfnis, wegen dem dem Verbandstag von einigen Seiten gemachten Vorwürfen in Betreff meiner Gehaltsverhöhung mich zu erheben; ich habe weder einen Antrag auf Gehaltsverhöhung gestellt, noch in irgend einer Weise Jemand zu beeinflussen gesucht, daß mir für die übermäßige Arbeit eine höhere Entschädigung zukommen soll. Der Antrag war von der Mitgliedschaft vollständig gestellt, bei der Beratung dieses Antrags hatte ich die Sitzung verlassen, um selbst den Schein zu meiden, als wollte ich durch meine Anwesenheit irgendwie der freien Meinungsäußerung hierüber einen Zwang anstiften. Wenn nun der Verbandstag die Erhöhung meines Gehaltes beschloß, so ist wohl anzunehmen, daß die Majorität der Delegierten die Ueberzeugung hatte, daß ich die bewilligte Mehr ehrlich und rechtlich verbiene. — Es wird auch keinem sachlich prüfenden Mitglied einfallen, zu fragen, man habe die Beiträge erhöht, um höhere Gehälter zu zahlen, denn eine Organisation in dem Umfange, wie ihn unser Verband hat, hat nicht nötig, wegen ein paar hundert Mark im Jahr mehr für Gehälter die Beiträge erhöhen zu müssen.

Oegen was ich mich aber ganz entschieden aussprechen muß, das ist die Art der von Schilbbach und von Schmidtschnecht geübten Kritik. Schilbbach behauptete, meine Thätigkeit ließe daran, daß ich nur den Verdienst eines mittleren Buchbindergehilfen beanspruchen könne. Darüber zu urtheilen, spreche ich dem Genannten insofern die Berechtigung wie die Befähigung ab. Um überhaupt ein Urtheil abgeben zu können, müßte Schilbbach sich erst praktische Erfahrungen gesammelt haben; das hat er aber nicht und kann es nicht haben, weil er erstens in das ganze Organisationswesen und meine persönliche Thätigkeit zu wenig eingeweiht ist, und zweitens, weil er nicht eine eigene längere praktische Thätigkeit hinter sich hat, um einen Maßstab anlegen zu können, wie meine Thätigkeit zu taxiren ist. Mit frechen Behauptungen lüßt Schilbbach den Mangel an Wissen und Kennen, der ihm unverkennbar anhaftet, zu verdecken; ein Mensch aber, welcher sich anmaßt, seine Kritik an alles ansetzen zu können, welcher fortgesetzt unflüchtig schimpft und verleumdet, welcher eine innere Verbiegung darin findet, andere im Kampfe für die Arbeiterfrage stehende Personen mit allen Mitteln im Ansehen herabzumwürfen, ein solcher „Charakter“ kann keinen Anspruch auf Achtung machen. Vor einer solchen Kritik erstarkt mich Niemand!

Die Behauptung von Schmidtschnecht (wie sie im „Vorwärts“ im Versammlungsbericht zu finden ist), ich werde zwar vom Verband befohlen, arbeite aber hauptsächlich für die Partei, enthält eine solche schwere Falschbildung, daß ich auf das Entschiedenste Verwahrung dagegen einlegen muß. Nicht als ob ich mich dagegen verwahren wollte, daß man mich beschuldigt, für die Partei thätig zu sein, im Gegentheil, ich sehe meinen Stolz darin, daß man mir nachsagen kann, ich sei für die Partei thätig. Ja, ich bin für die sozialdemokratische Partei thätig und zwar so lange schon, als ich auch für die Gewerkschaftsbewegung thätig bin. Aber dagegen verwahre ich mich, daß Schmidtschnecht mir unterschreibt, ich lasse mich vom Verband befohlen, arbeite aber in der Hauptsache für die Partei. Mit diesem hat mich Schmidtschnecht als Parasit am Körper unseres Verbandes dargestellt und das ist das Verbauchigungs-würdige. Ich habe noch immer und überall es für meine Pflicht erachtet, das Geld, das mir gezahlt wird, auch zu verdienen, und Niemand kann mir nachsagen, daß ich jemals diese Pflicht außer Acht gelassen habe, weder als Arbeiter in der Werkstatt noch als Angestellter in unserem Verband. Wenn ich die wenige Zeit der Ruhe, welche mir die Verbandes- und Zeitungsgeschäfte übrig lassen, auch noch zum Theil der Partei widme, so wird das keinem jenseitigen und rechtlich denkenden Arbeiter Anlaß geben, mich deshalb zu tadeln, und wenn ich in an-

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Table with 4 columns: Ort, Total, Versammlungstag, Beginn. Lists various locations like Altenburg, Bielefeld, Bremen, etc., with dates and start times for meetings.

Die öffentlichen Versammlungen in Leipzig werden eine Woche vorher in der „Buchbinder-Zeitung“ und einen Tag vorher in der „Leipziger Volkszeitung“ bekannt gegeben. In Dresden finden jeden 2. Sonntags im Monat öffentliche Versammlungen statt, welche je einen Tag vorher in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ bekannt gemacht werden. In Hannover nimmt der Bevollmächtigte jeden Sonntags Abend bei Volte, Steinf. 27, Beiträge und Anmeldungen zum Beitritt entgegen und giebt die Zeitung aus.

